

Die sich vor 50 Jahren ausbreitenden Kriegshandlungen drohten die Welt aus den Angeln zu heben.

Ohne das Ende der Kämpfe abzuwarten, gründete das Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte bereits 1943 ein Zentrales Suchbüro. Es stand damals schon fest, daß die leidgeprüfte Zivilbevölkerung auch nach Kriegsende einer grenzüberschreitenden Hilfe bedurfte. Unterstützung bei der Suche nach verschollenen Familienmitgliedern und Bestätigung der erlittenen Verfolgung standen dabei im Vordergrund.

Heute noch treffen jährlich weit über 100.000 diesbezügliche Anfragen beim Internationalen Suchdienst (ISD) ein. Für die Jahre ab 1993 werden allein aus der GUS Anfragen in Höhe von über 300.000 erwartet.

Ein Beweis für die Aktualität des dem ISD auferlegten humanitären Mandates!

Erst die sorgfältige Auswertung der in Arolsen aufbewahrten knapp 20.000 laufenden Meter personenbezogener Dokumente ermöglicht den Opfern des NS-Regimes und deren direkten Angehörigen, ihre Rechte geltend zu machen.

Mandatsgemäß betreut der ISD Zivilpersonen, die aus Gründen der Rasse oder Religion, der Volkszugehörigkeit, der moralischen Überzeugung oder politischen Einstellung gefangengenommen wurden oder Zwangsarbeit leisten mußten, sowie sich unmittelbar nach Kriegsende in DP-Lagern (DP = displaced person) aufhielten.

Die Abkommen legen fest, daß Auskünfte nur den Verfolgten selbst, ihren Rechtsnachfolgern und den Wiedergutmachungs- oder Rentenbehörden erteilt werden.

Nach Möglichkeit versucht der ISD, den Leidensweg eines Opfers lückenlos zu bestätigen: Von der Verhaftung beziehungsweise Deportation über die Zwangsarbeit und/oder Aufenthalt in Gefängnissen oder Konzentrationslagern bis hin zum Aufenthalt in DP-Lagern. Zusätzlich erhalten die Angehörigen Nachricht über die letzte Spur, wie Tod, Befreiung oder Auswanderung.

Die Tatsache, daß in vielen Ländern die ausgewiesene Dauer der Haft oder Zwangsarbeit für die Rentenberechnung maßgebend ist, setzt unweigerlich möglichst vollständige Antworten voraus. Zahlreiche neue Fonds rechtfertigen jedoch ein Abweichen von diesem Vorgehen, da in diesen Fällen nicht die Dauer, sondern bloß der Nachweis der Verfolgung verlangt wird.

Der ISD hat seit der Gründung über 7 Millionen Auskünfte erteilt. Der ursprüngliche Auftrag, den ehemaligen Verfolgten so schnell und so umfassend wie möglich zu helfen, bleibt auch das Ziel des ISD für die 90er Jahre.

cb